

## BÜCHER

---

---

### SOZIALPARTNERSCHAFT ALS „AUFGEKLÄRTER TECHNOKORPORATISMUS“

Rezension von: Bernd Marin,  
Die Paritätische Kommission –  
aufgeklärter Technokorporatismus in  
Österreich. Internationale  
Publikationen, Wien 1982, 410 Seiten

---

---

Über die Sozialpartnerschaft ist in den letzten Jahren sehr viel gearbeitet worden. Die historischen und geistigen Wurzeln dieses unseres ureigendst-österreichischen Modells sind vielfach behandelt worden, die Funktionsweise des Systems, seine polit-ökonomischen und sozio-ökonomischen Entstehungsbedingungen und Folgewirkungen sind Gegenstand zahlreicher Analysen von Autoren verschiedenster ideologischer Herkunft geworden. In dieser Beziehung unterscheidet sich die Situation merklich von jener vor fünf oder sechs Jahren, als die wissenschaftliche Ausbeute auf diesem Gebiet eher spärlich war. Nicht geändert hat sich aber eines, nämlich die für Ausländer so überraschende Abwesenheit von Kontroversen mit scharf konturierten Positionen und Gegenpositionen. Gewiß gibt es auf beiden Seiten Außenseiterpositionen der völligen Ablehnung: Restbestände klassenkämpferischen Geistes gehen in diesem Punkt konform mit einem rechtsstaatlich sich gebärdenden Pseudo-Liberalismus.

In der breiten Mitte gibt es wohl Differenzen in den Formulierungen,

in der Wertung und Gewichtung der einzelnen Elemente des Systems, aber kaum wirkliche Gegensätze in den Grundaussagen. Einig ist man sich allgemein über die besonderen historischen Voraussetzungen in der Geburtsstunde der Zweiten Republik, die den notwendigen Basiskonsens ermöglichten; einig ist man sich auch weitgehend über die systemkonformen Rahmenbedingungen, die diesem Konsens zugrunde liegen; und ebenso über die Natur der institutionellen Infrastruktur, die für die Konfliktfähigkeit der Partner, für die Durchsetzung ihrer Entscheidungen im Innenbereich, von essentieller Bedeutung ist. Weitgehend einig ist man sich ferner über die positiven, wohlfahrts- und stabilitätssichernden Leistungen der Sozialpartnerschaft, wenn auch der eigentliche ökonomische Effekt ihres einkommenspolitischen Instrumentariums so unsicher bleibt wie die meisten anderen ökonomischen Kausalaussagen. Schließlich gibt es sogar ein relativ großes Feld der Übereinstimmung im Bedenklichen der Angelegenheit: allgemein wird sorgenvoll, mit mehr oder weniger starken kritischen Akzenten, auf die Problematik der mangelnden demokratischen Kontrolle und Legitimation, auf die übergroße Konzentration von Funktionsmacht in den Händen einer sehr kleinen, mit den Parteien durch vielfache Doppelbesetzungen eng verflochtenen Verbandsbürokratie hingewiesen. Trotzdem gibt es nur wenige Stimmen, die dieses außerhalb der Verfassung stehende, verbandspluralistische oder, wenn man will, kammerstaatliche System nicht als grundsätzlich legitime Form der demokratischen Konsensbildung gelten lassen würden. Und selbst wo gelegentlich aus linker Sicht das Ge-



spenst einer autoritär-ständestaatlichen Entartung heraufbeschworen wird, so sieht dies eher nach einer politologischen Pflichtübung aus als nach einer Warnung vor einer im System tatsächlich begründeten Gefahr.

Bernd Marins neue Studie über die Paritätische Kommission liegt durchaus in der Bandbreite dieses Konsenses. Dennoch bringt das Buch viel Neues und Wichtiges. Von allem, was bisher über dieses Thema geschrieben wurde, zeichnet es sich durch die überaus genaue, analytisch in die Tiefe gehende Darstellung des Aufbaus und der Funktionsweise der PKPL aus. Marin hat hier sicher Pionierarbeit geleistet: er hat das komplette Netz von formellen und informellen Kommunikationslinien, von Kompetenzen und „Schattenkompetenzen“, von der Wechselwirkung von Entscheidungsmustern im autonomen und im nicht-autonomen Bereich der Sozialpartnerschaft, bis in die verborgensten Winkel durchleuchtet, sodaß es für allfällige Nachfolger auf diesem Gebiet kaum mehr etwas zu entdecken geben wird. Dabei sind Probleme zum Vorschein gekommen, die bisher wenig beachtet worden sind. So etwa die Frage, wie und warum eigentlich die – von Ausländern so viel bestaunte – „freiwillige Disziplin“ in der Lohn- und Preisregelung im großen und ganzen so gut funktioniert hat. Bei Marin werden die hinter der „Freiwilligkeit“ verborgenen, aber *de facto* zur Verfügung stehenden informellen Sanktionsmechanismen klar aufgezeigt und mit viel Subtilität gegen die Risiken ihres Einsatzes in verschiedenen Situationen abgewogen. Seine Aufmerksamkeit gilt dabei insbesondere den latenten Macht- und Drohpotentialen beider Seiten, die – stets im Rahmen der im Basiskonsens gezogenen Grenzen – den Spielraum abstecken, in dem sich die Entscheidungen zur Preis- und Lohnregelung bewegen können. Wie die meisten anderen Autoren auch betont Marin, daß sich auf diese Weise das Marktsystem nicht

aus den Angeln heben läßt, der „Marktmachtvorteil“ der Unternehmenseite bleibt bestehen, aber er läßt sich durch den im kooperativen Verfahren liegenden Kompromißzwang doch „erheblich einschränken“ (S. 111).

Diesem Urteil möchte ich ebenso zustimmen wie Marins Gesamtbeurteilung der in der Sozialpartnerschaft zum Ausdruck kommenden Verschiebung der Machtverhältnisse *zugunsten* der Arbeitnehmerseite. Im Gegensatz zu der auf der Linken häufig geäußerten Meinung, daß durch den sozialpartnerschaftlichen Entscheidungsprozeß bestenfalls der machtmäßige *Status quo* erhalten wurde, wenn er nicht gar zugunsten der Unternehmenseite verändert wurde, zeichnet sich für Marin schon am Werdengang dieser Institutionen ein anderes Bild ab: „Tatsächlich mußten Verbände Kooperation und paritätische Wirtschaftspolitik zu einer allmählichen Machtangleichung, und das heißt zu einer relativen Stärkung der ursprünglich schwächeren Arbeitnehmerseite führen – unbeschadet einer weiter bestehenden Vormachtstellung der Unternehmer in den Betrieben. Diese Machteffekte... wurden von beiden Kontrahenten auch ganz illusionslos antizipiert“ (S. 321). Auch soziologisch gesehen ergab sich ein sozusagen struktureller Vorteil für die Arbeitnehmerseite. Mit der Gründung der PKPL, insbesondere ab 1963 mit der Gründung des Beirats, war ja die einmalige Chance verbunden, die neue Generation von Arbeiterkammer- und ÖGB-Experten direkt und ebenbürtig in das sonst überall von wertfrei-konservativen Ökonomen beherrschte Geschäft der Politikberatung einzuschalten. So entstand das, was Marin etwas eigenwillig das „neue Entscheidungsmodell eines *politischen Expertentums*, einer *politischen Technokratie* oder eines *aufgeklärten Technokorporatismus*“ nennt (S. 333).

Damit sind wir beim theoretischen Ansatz des Werkes angelangt, der mir



– ich bekenne es vorweg – in mancher Hinsicht zu schaffen macht. Zwar freut es mich als ehemaliges Mitglied des Beirats, daß der allgemein und auch bei Marin leicht pejorative Beigeschmack des Wortes „technokratisch“ durch das ehrende Adjektiv „aufgeklärt“ (soweit dessen Gebrauch hier auch von jedem emanzipatorischen Aufklärungsbegriff entfernt sein mag) abgeschwächt wird. Aber ich kann nicht sehen, inwiefern das Marinsche Kuppelprodukt der PKPL, der *politische* Experte, diese Auszeichnung gegenüber dem gewöhnlichen Technokraten oder dem gewöhnlichen Politiker verdient, oder was analytisch dadurch gewonnen wird. Die „Technokratie“, die nach Marin durch den Beirat eine „stille Revolution“, einen wahren „Aufstand“ bewerkstelligte, erscheint mir in diesem Buch in zu vielen Gestalten: einmal als eine „neue Klasse“, ein andermal bloß als „neue Elite“, die sich quer zu den Klassenlagern gegen die Nur-Politiker auf beiden Seiten verbündet, dann aber wieder doch, trotz ihres „irreversiblen Durchbruchs“, letztlich – man kann’s ja nicht übersehen – von den „dezisionistisch“ getroffenen Entscheidungen der Politiker abhängig bleibt (von denen freilich einige nicht minder „technokratisch“ denken wie die Beiratsmitglieder). Nun ist gewiß, daß der Beirat eine wichtige Rolle in der Etablierung eines neuen, moderneren, dem europäischen Wissensstand angepaßten wirtschaftspolitischen Stils gespielt hat und insbesondere in seiner Glanzzeit zu einer nicht zu übergehenden Schaltstelle im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß wurde. Sicher galt er auch in der (schon lange vergangenen) Ära der großen wirtschaftspolitischen Aussprachen gemeinsam mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut als Hauptquelle wirtschaftspolitischer Sachkenntnis und als letzte Instanz in Fragen der „wirtschafts empirischen Wahrheit“. In diesem Punkt – „Wahrheitsmonopol“, „monopolistische Produktion wirt-

schaftspolitischen Wissens“ (S. 272 f.) – zehrt Marin meines Erachtens zu sehr von einem interessanten, aber vielleicht doch stark überspitzt formulierten Artikel Streißlers über das WIFO. Indes, wie immer dem sei, zu einer „Revolution“ summiert sich das alles in meinem Kopf kaum, zumal die beirätliche Monopolstellung (sofern sie überhaupt bestand) sehr bald sowohl vom politischen Bereich her wie von der Konkurrenz anderer Wissenschaftsproduzenten unterlaufen wurde.

Alles in allem scheint mir, daß Marin selbst ein wenig jener mythischen Verklärung des Beirats zum Opfer gefallen ist, die er anderen Autoren mit Recht vorwirft. Läßt doch schon der rasche Bedeutungsverlust des Beirats seit Mitte der siebziger Jahre Marins Revolutionsthese in einem zweifelhaften Licht erscheinen. Auch seine Hilfshypothese, wonach es sich um einen „Bedeutungsverlust durch Erfolg“ gehandelt habe, indem eben durch den Sieg der ersten Beiratsgeneration allmählich eine „Veralltäglichsung des wirtschaftspolitischen Wissens“ (S. 384 f.) eingetreten sei, die das Heranwachsen konkurrierender Expertengremien erst ermöglichte, kann nicht überzeugen. Sie erinnert entfernt an Schumpeters Theorie vom Untergang des Kapitalismus durch Routinisierung der ursprünglich kreativen Unternehmerfunktion. Aber das erscheint mir doch zu weit hergeholt für die Erklärung des relativ einfachen Tatbestandes, daß der Beirat von demselben politischen Establishment beiseite geschoben wurde, das ihn ins Leben gerufen hatte. Und das aus erklärlichen Gründen: in den letzten Jahren der Ära Kreisky sind ja tatsächlich die Fundamente der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit bedenklich ins Wanken gekommen. Das langandauernde politische Ungleichgewicht, die Veränderung der Interessenslage der ÖVP durch die wachsende Bedeutung ihres Arbeitnehmerflügels, der einen Störfaktor



im paritätischen Gleichgewicht darstellt, das Aufkommen neuer, die alten Klassen- und Lagergrenzen sprengenden Probleme, schließlich der Verlust der alten ökonomischen Gewißheiten angesichts der einsetzenden Stagnation und der mit ihr verbundenen Verteilungsproblematik – alle diese Umstände haben die Kettenglieder geschwächt, die das System zusammenhalten, die Konsensfindung erschwert und das Konfliktpotential nahe an die kritische Schwelle angehoben. In dieser Situation konnte wohl die eingespielte Alltagsarbeit der Lohn- und Preisunterausschüsse weitergehen, aber im Beirat konnte mangels kompromißfähiger Problemlösungskonzepte für die großen wirtschaftspolitischen Fragen nichts mehr so laufen wie früher. Mit der wachsenden Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Prioritäten, vor allem mit der Infragestellung des Wirtschaftswachstums als Hauptziel, ist auch die „Beiratsphilosophie“ erschüttert worden, auf die sich der ideologische Zusammenhalt der Expertokratie gründete. Natürlich begnügt sich auch Marin nicht mit seiner Schumpeterschen Verfallstheorie, sondern sieht und analysiert alle die hier genannten Krisenmomente – und einige mehr – sehr genau. Er meint sogar, daß ein unge-*trübtes* Wachstumsbewußtsein eine Existenzbedingung der Sozialpartnerschaft darstellt, daß das Wirtschaftswachstum als gemeinsames Ziel „nicht ersetzbar“ sei, auch wenn der reale Erfolg vorübergehend ausbleiben könne (S. 397). Ob das so stimmt, mag dahingestellt bleiben. Der Wachstumsbegriff hat ja in letzter Zeit eine Art proteushafter Wandlungsfähigkeit

angenommen, sodaß man hier mit allerhand Zusatzbedingungen operieren kann. Schwieriger steht die Sache vielleicht mit dem Vollbeschäftigungsziel, das, wie ich glaube, für die Arbeitnehmerseite in keiner Weise handelbar ist. Angesichts der Verschärfung des politischen Klimas und der sichtbar gewordenen Verfallserscheinungen des österreichischen Modells ist Marins Pessimismus hinsichtlich seines weiteren Bestandes verständlich. Ob es nicht doch noch genügend Resistenz und Flexibilität aufbringen wird, um auch „in Zeiten wie diesen“ funktionsfähig zu bleiben? Wie immer lassen sich solche Fragen am Schluß eines Aufsatzes nur mit dem Hinweis auf die Zukunft beantworten, die ja sicher alles zeigen wird . . .

Wie immer man zu manchen Thesen des Autors stehen mag, stellt Marins Studie zweifellos eine wichtige Bereicherung unseres Wissens über den inneren Mechanismus, über die Anatomie und Physiologie der Sozialpartnerschaft dar. Das Buch hätte allerdings, wie ich glaube, durch weniger komplexe Theorieansätze an Klarheit gewinnen können. Marins Lust am dialektischen Spekulieren verleitet ihn vielleicht dazu, hin und wieder mit einem Theorieüberschuß zu operieren, der das Lesen unnötig erschwert und in manchen Punkten ebenso unnötig Verwirrung stiftet. Das ändert nichts daran, daß seine Studie beim heutigen Wissensstand als *das* Standardwerk über die Paritätische Kommission gelten muß. Hoffentlich wird es nicht auch zu ihrem Epitaph werden . . .

Maria Szecsi